



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Postzustellungsurkunde

Referat 131
Angelegenheiten des
Bundesministeriums der Justiz und
für Verbraucherschutz, Justizariat,
IFG-Koordination

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400 - 0
FAX +49 30 18 400 - 1819
MAIL poststelle@bk.bund.de

BETREFF **Anfrage nach dem
Informationsfreiheitsgesetz (IFG)**
AZ 13 IFG - 02814 - In 2021 / NA 353
BEZUG Ihre Anfrage vom 29. Oktober 2021

Berlin, 15. Dezember 2021

Sehr geehrte

mit E-Mail vom 29. Oktober 2021 beantragten Sie u. a. auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) die Zusendung einer Liste sämtlicher UN-Resolutionen, welche die Bundesregierung zwar unterzeichnet, dann jedoch nicht ratifiziert hat.

Auf Ihren Antrag ergehen folgende **Entscheidungen:**

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Kosten werden nicht erhoben.

Gründe:

I.

§ 1 Abs.°1 S.°1 IFG eröffnet jedermann gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen, soweit keine Versagungsgründe vorliegen (§§ 3 ff. IFG).

Gemäß § 9 Abs.°3 IFG kann ein Antrag u. a. abgelehnt werden, wenn der Antragsteller sich die begehrten Informationen in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen selbst beschaffen kann. Dies ist hier der Fall, da das Abstimmungsverhalten Deutschlands zu bestimmten Resolutionen bzw. die Ratifizierung internationaler Verträge durch Deutschland auf folgender Webseite dokumentiert ist: <https://www.un.org/en/ga/documents/voting.asp>. Auf der nachfolgenden Webseite steht zudem eine Übersicht aller Verträge der Vereinten Nationen zur Verfügung <https://treaties.un.org/Pages/Home.aspx?clang=en>.

II.

Gemäß § 10 Abs.°1 und Abs.°3 S. 1 IFG in Verbindung mit § 2 S. 2 Informationsgebührenverordnung wird von der Erhebung der Gebühr abgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Den Widerspruch können Sie schriftlich oder zur Niederschrift beim Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin, einlegen. Ich weise Sie darauf hin, dass für die vollständige oder teilweise Zurückweisung eines Widerspruchs Kosten in Höhe von mindestens 30,00 Euro anfallen.